

## Verkehr

### Rat ö 05.04.2011

#### Fahrradabstellanlagen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 5 e)

##### Beratungsverlauf:

Herr Meier begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Zur Begründung verweist er auf den in 2005 beschlossenen Radverkehrsplan und die mit dem in 2010 beschlossenen Masterplan Mobilität des Radverkehrs durch qualitativen Ausbau. Er hebt die Notwendigkeit adäquat ausgestatteter Fahrradabstellanlagen und die Bedeutung für die Intensivierung des Radverkehrs vor. Er erhebt die Forderung, dass Radabstellplätze attraktiv und in der Regel näher am Zielort als PKW-Einstellplätze liegen sollten. Er erhebt ferner die Forderung, dass zumindest für Langzeitparker, die z. B. den Weg zur Arbeit mit dem Fahrrad zurücklegen, die Abstellplätze überdacht sein müssen. Er verweist auf entsprechende Informationsmöglichkeiten über den ADFC. Er erläutert das Ziel, den Radverkehr so attraktiv zu gestalten, dass die alltäglichen Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Zu dem schriftlich vorliegenden Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion erklärt er Zustimmung.

Er erläutert, dass im Umfeld von Schulen, Sportanlagen, kulturellen Einrichtungen und weiteren öffentlichen Gebäuden erheblicher Nachholbedarf bei der Errichtung adäquater Fahrradabstellanlagen bestehe. In diesem Sinne werde der Änderungsantrag der CDU-Fraktion nachdrücklich abgelehnt.

Frau Grasciat verweist auf die vorherige Diskussion zu Klimaschutzzielen und hebt die nachhaltige Bedeutung der Förderung des Radverkehrs in diesem Zusammenhang hervor. Sie unterbreitet namens der SPD-Fraktion den folgenden Ergänzungsvorschlag:

„Als neuer Punkt 3 wird eingefügt:

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Kontakt mit Vertretern der Bundes- und Landesbehörden daraufhin zu wirken, dass auch in deren Verantwortungsbereich entsprechend verfahren wird.“

Sie spricht sich gegen die Annahme des Änderungsantrages der CDU-Fraktion aus, der lediglich das heutige Vorgehen beschreibe und zu keinen Verbesserungen führe.

Herr Dr. Thiele bezeichnet die Forderungen des Ursprungsantrages als zu weitreichend. Er spricht sich insofern gegen die generelle Forderung nach bedachten Fahrradabstellplätzen aus.

Herr Oberbürgermeister Pistorius verweist darauf, dass in Anbetracht der entstehenden Kosten ohnehin jede einzelne Maßnahme in den zuständigen Ausschüssen vorgelegt werden müsse. Die Verwaltung werde dann in jedem Einzelfall entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Frau Galitz hebt den prinzipiellen Willen der CDU zur Förderung des Radverkehrs hervor. Sie spricht sich gegen die Annahme des Ursprungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, da dieser eine unnötige Reglementierung beinhalte. Insbesondere der generellen Forderung nach Überdachungen von Fahrradabstellanlagen werde nicht zugestimmt. Sie unterbreitet den folgenden Änderungsantrag:

„Der Rat möge beschließen:

1. Bei allen Anmietungen, Neu- und Umbauten von öffentlichen Gebäuden einschließlich Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Dienststellen der Verwaltung **soll zukünftig geprüft werden, ob nach heutigem Standard dort sinnvoll sind und eingerichtet werden können.**
2. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen, städtebaulichen Verträgen oder Grundstücksverträgen wird bei Werbeimmobilien mit Publikumsverkehr wie Nahversorger, Bürogebäuden etc. **zukünftig geprüft, ob spezielle Vorbehaltsflächen für Fahrradabstellanlagen erforderlich sind und sinnvoll ausgewiesen werden können.**“

Herr Mierke stellt namens der UWG-Fraktion fest, dass diese die Förderung des Radverkehrs ebenfalls unterstütze. Allerdings seien ihm die finanziellen Auswirkungen aus der Antragstellung nicht bekannt. Die generelle Forderung nach einer Überdachung von Fahrradabstellanlagen weist er aus Kostengründen zurück. Die Berücksichtigung entsprechender

Möglichkeiten in Bauleitplänen städtebaulicher Verträgen o. ä. sieht er ebenfalls als unnötige Reglementierung. Er regt dementsprechend an, die Formulierung aufzunehmen, dass entsprechende Überdachungen **wünschenswert** seien.

Herr Hagedorn macht deutlich, dass es nicht um die Herstellung von Luxuseinstellplätzen, sondern um die zweckmäßige und optimale Lösungen für die Betroffenen gehe.

Nach kurzer kontroverser Diskussion über den abzustimmenden Antragswortlaut führt Herr Ratsvorsitzender Thöle zunächst die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion wie folgt herbei:

#### **Abweichender Beschluss:**

1. Bei allen Anmietungen, Neu- und Umbauten von öffentlichen Gebäuden einschließlich Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Dienststellen der Verwaltung **soll zukünftig geprüft werden, ob nach heutigem Standard dort sinnvoll sind und eingerichtet werden können.**
2. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen, städtebaulichen Verträgen oder Grundstücksverträgen wird bei Werbeimmobilien mit Publikumsverkehr wie Nahversorger, Bürogebäuden etc. **zukünftig geprüft, ob spezielle Vorbehaltsflächen für Fahrradabstellanlagen erforderlich sind und sinnvoll ausgewiesen werden können.**

#### **Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den mündlich von Herrn Mierke geänderten, durch den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion erweiterten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt herbei:

#### **Abweichender Beschluss:**

1. Bei allen Anmietungen, Neu- und Umbauten von öffentlichen Gebäuden einschließlich Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Dienststellen der Verwaltung wären in der Nähe der Eingänge überdachte, gut einsehbare Fahrradabstellanlagen mit Fahrradabwehrbügeln mit ausreichenden Seitenabständen (mindestens 70 cm) **wünschenswert**.
2. Bei der Aufstellung von Bauleitplänen, Städtebaulichen Verträgen oder Grundstücksverträgen sind bei Gewerbeimmobilien mit Publikumsverkehr wie Nahversorger, Bürogebäuden etc. in der Nähe der Eingänge überdachte, gut einsehbare Fahrradabstellanlagen mit Fahrradabwehrbügeln mit ausreichenden Seitenabständen (mindestens 70 cm) **wünschenswert**.

#### **Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion **angenommen**.